



Gruppe im Rat der Hansestadt Lüneburg

Gruppensprecherin: Marianne Esders
Reichenbachstraße 2, 21335 Lüneburg
marianne.esders@dielinke-lueneburg.de

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 13.02.2024

Antrag zur Partizipation und Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in der Verwaltung der Hansestadt Lüneburg

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Gruppe Die PARTEI / Die Linke bittet die Verwaltung, den Ratsmitgliedern in der kommenden Ratssitzung einen umfassenden Überblick über die Quote der in der Stadtverwaltung tätigen Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu vermitteln.

Falls dies nicht möglich sein sollte, bitten wir die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg, eine anonymisierte und freiwillige Umfrage zur Erfassung der Quote von Menschen mit Einwanderungsgeschichte unter den Mitarbeitenden der Verwaltung durchzuführen. Die Ergebnisse der Umfrage sollten zur Schaffung von Möglichkeiten zur Teilhabe und Partizipation im öffentlichen Dienst in die Personalplanung der Stadtverwaltung einfließen.

Begründung:

Für unsere Demokratie sind Rassismus und Rechtsextremismus eine echte Gefahr. Auch in der Hansestadt Lüneburg reicht Symbolpolitik nicht, sondern es müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden, damit Menschen mit Einwanderungsgeschichte mit am Tisch sitzen und chancengleiche Möglichkeiten zur Partizipation und Teilhabe haben.

Neben der Einbindung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in politische Gremien über den Integrationsbeirat und den Bürger*innenrat sollte sichergestellt werden, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte in der Stadtverwaltung angemessen vertreten sind. Dies könnte sich auch vor dem Hintergrund, dass ausgeschriebene Stellen in der Stadtverwaltung zum Teil monatelang nicht besetzt werden, positiv auf den Rekrutierungsprozess auswirken.

Wie im Tagesspiegel vom 25.01.2024 zu lesen war, führt die Stadt Berlin eine anonymisierte Umfrage zum Einwanderungshintergrund der Mitarbeitenden ihrer Verwaltung durch, um eine Übersicht darüber zu erhalten, wie sich die Vielfalt der Gesellschaft im öffentlichen Dienst abbildet, wie diese verbessert werden kann, und wie diese genutzt werden kann, um dringend benötigtes Personal zu rekrutieren.

Die rot-grüne Landesregierung Niedersachsens erwähnt in ihrem Koalitionsvertrag ein Teilhabe- und Partizipationsgesetz, welches „die systematische Einbeziehung von eingewanderten Menschen gewährleisten“ soll. Auf Grundlage dieses Koalitionsversprechens sollte sich auch die Hansestadt Lüneburg kritisch mit struktureller Diskriminierung und Möglichkeiten zur Schaffung von Teilhabe, Partizipation und Gleichberechtigung innerhalb ihrer Verwaltungsstrukturen auseinandersetzen. Die Ergebnisse einer anonymisierten Umfrage zur Quote von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und auch von Menschen mit Rassismus- und weiteren Diskriminierungs-Erfahrungen innerhalb der städtischen Verwaltung sollten in die Personalplanung der Stadt einfließen.

Mit freundlichen Grüßen

Gruppensprecherin Die PARTEI / DIE LINKE